

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt und Anzeiger.
Zentral Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Verlagsort: Dresden 1584
Verlag: Riesa Nr. 22.

Nr. 71.

Montag, 24. März 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen
für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Gruppensatz für
die 88 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen; zeitraubende und tabellarischer Satz 50%. Aufschlag für
Bewilligung der Abdruckkosten, wenn der Auftraggeber in Kontur gedruckt, inmalungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Anzeigen: 10 Gold-Pfennige. Abdruck von Anzeigen über der Zeitungs- und Druckerei, bei der die Anzeigen
keinen Anspruch auf Vorrang oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Reichstanzler und Außenminister zur Wahlbewegung.

Eine Rede des Reichstanzlers in Elberfeld.

Elberfeld, 23. März. In der heutigen Versammlung der Zentrumspartei in der Stadthalle hielt Reichstanzler Dr. Marx eine einstündige Rede. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach einer kurzen einleitenden Rede des Vorsitzenden der Zentrumspartei Elberfeld führte der Reichstanzler etwa folgendes aus:

Der Reichstag ist aufgelöst. Das deutsche Volk soll sich nun eine neue gesetzgebende Vertretung geben. Dem soll der deutsche Staatsbürger seine Stimme geben? Das ist die Gewissensfrage, die von uns allen demnachst beantwortet werden muß. Überlegen wir uns ohne Leidenschaft und Voreingenommenheit: Was ist das Ziel unserer politischen Betätigung angesichts der Lage von Volk und Vaterland? Es kann nur eins sein: Die Aufrechterhaltung der Einheit des Reiches und die Wiederherstellung der Einheit des Volkes und der Werten der Revolution zusammengebrochenen Volkes. Dieses Ziel hat dem Zentrum und den von ihm maßgebend beeinflussten Regierungen der letzten Jahre vorgeschwebt. Alle Kraft hat es für die Erreichung dieses Zieles eingesetzt.

Welche Außenpolitik sollten wir treiben, um das höchste Ziel zu erreichen? Daß der Friedensvertrag von Versailles untragbar ist, ist klar. Er ist nicht das Volk. Kein Wunder, wenn ein Teil des Volkes verlangt, Aufhebung gegen die Bestimmungen dieses Vertrages. Was würden die Folgen sein, wenn dieser Weg eingeschlagen würde? Rücksichtslos bis zum äußersten würde der Sieger seine Kraft anwenden und stets angewandt haben, falls wir mit großer Wertschätzung der uns auferlegten Verpflichtungen abgesehen hätten. Das Zentrum hat sich entschlossen, den Versuch zu machen, die schweren Lasten des Versailler Vertrages bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu tragen. Schwer sind die Opfer, die das deutsche Volk infolge dessen hat tragen müssen. Erhalten aber geblieben ist dadurch die Einheit des Reiches.

Nach einem Hinweis auf das schwere Los der heimatlichen Bevölkerung an Rhein und Ruhr und nach warmen Worten des Dankes für ihre unerschütterliche Treue führte der Redner weiter aus: Trotz der Bekämpfung, die jeder einsichtige Deutsche aus den bitteren Erfahrungen des passiven Widerstandes an der Ruhr ziehen muß, träumen wir nicht, die Einheit des Reiches zu verlassen. Weit mehr scheint mir eine nationale Gesinnung zu sein, die in diesem nächsten Bundeszuge die unglückliche Lage unseres Vaterlandes zu betrachten und ohne Parteilichkeit geschlossenen den opfervollen Weg der Erfüllung der unabweisbaren Verpflichtungen zu gehen. Das ist weit eher Befreiung als Erfüllungspolitik, daß das neue Parlament in seiner Mehrheit entschlossen ist, die Reparationsfrage zur endgültigen Entscheidung zu bringen, einmütig in den hohen nationalen Zielen kultureller und wirtschaftlicher Freiheit. Eine deutsche Partei allein vermag die ungeheuren Aufgaben, die die Zukunft bringen wird, nicht zu meistern. Deshalb muß auch das Zentrum sich nach einem Bundesgenossen umsehen. Wer soll dieser Bundesgenosse sein? Wir sind bereit, mit jeder Partei zusammenzuarbeiten, die mit uns politische Arbeit zum Segen des Ganzen und des Einzelnen zu leisten gewillt ist. Nationale Politik ist unserer Überzeugung nach auch Einheitspolitik, die Einheit des Reiches zu schützen und zu sichern auf dem Boden der in Weimar beschlossenen Verfassung. Die Treue des Zentrums zur deutschen Republik hat sich darin bewährt, daß es stets bereit war, seine Männer zur Verfügung zu stellen, wenn es galt, verantwortliche Regierungsämter zu besetzen. Das Zentrum hat dabei stets über die Partei das Vaterland gestellt. Etwa erfüllt das Zentrum, daß es die einzige Partei ist, die seit der Revolution noch niemals ihre Unterstützung der Regierung verweigert hat.

Der Reichstanzler ging darauf in großen Zügen auf das Verordnungsrecht der Regierung ein. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen versicherte der Kanzler, daß das Zentrum folgerichtig nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages geeignete Schritte unternehmen werde, um ein den Wünschen des christlichen Volksteiles entsprechendes Schulgesetz zustande zu bringen. Der Kanzler schloß mit dem Hinweis auf lebenswichtige Fragen des deutschen Volkes. Wenn die radikalen Parteien

von rechts oder links eine starke Vermehrung ihrer Mitglieder erfahren, dann sind die Folgen unübersichtlicher. An das deutsche Volk kann nur die Aufforderung gehen: Sorge dafür, daß der Radikalismus links und rechts nicht über Deutschlands Zukunft bestimmt, Sorge dafür, daß ein arbeitstüchtiger Reichstag zustande kommt. Erfülle deutsches Volk bei den kommenden Wahlen deine Pflicht, in deiner Hand sind deines Schicksals Sterne.

Dr. Stresemann vor der Deutschen Volkspartei.

Darmstadt, 23. März. In einer, von der Ortsgruppe Darmstadt der Deutschen Volkspartei einberufenen Versammlung sprach heute vormittag Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Er führte unter anderem aus: Der Ausfall der Wahlen in Deutschland wird wesentlich sein für die weitere innere Entwicklung unseres Vaterlandes. Er wird aber auch die großen weltpolitischen Entscheidungen beeinflussen. Wir sind in unserer ganzen Innenpolitik abhängig von der Außenpolitik. Was die Innenpolitik angeht, so werden wir in Deutschland, solange wir nicht das Zweiparteiensystem haben, nur eine Politik der Kompromisse führen können. Es ist notwendig, daß wir jetzt eine Art nationaler Einigkeit nach außen darstellen. Oberster Grundsatz deutscher Politik muß sein, die Idee der Zusammenführung der Parteien, der Gewichte der Volksgemeinschaft. Diese wird so lange notwendig sein, als wir den Kampf für Deutschlands Einheit und den Bestand des deutschen Reiches aufzusuchen haben. Die Deutsche Volkspartei hat in vielen Kabinetten mitgewirkt. Man weiß, was namentlich von rechts immer wieder vor, wie hätten außen- und innenpolitisch wenig oder nichts erreicht. Wir sind ein mangelndes Volk und können daher nur eine dementsprechende Politik treiben. Unsere einzige Wehr ist die große nationale Volksgemeinschaft. Es gilt, diese Idee in alle Volksteile hineintragen, dann können wir auch außenpolitisch geltend machen, daß wir ein Volk von 60 Millionen sind, das sein Recht und seine Grundsätze fordert. Man spricht immer mehr von dem Zerreißen des Versailler Vertrages. Daß der Vertrag in vielen Fällen unüberwindlich ist, ist heute eine Auffassung, die weit über Deutschland hinausgeht. Ich warne aber zu glauben, daß man eine Veränderung der Verhältnisse erzielt durch die Formel der Zerreißen des Versailler Vertrages. Mit Bestimmtheit habe ich gestern geäußert, daß der bayerische Ministerpräsident Dr. von Kallmayer öffentlich der Reichsregierung den Vorwurf machte, sie tue in der Frage der Kriegsschuld nichts. Ein solches Verhalten gibt nicht das Bild gescheiterter nationaler Einheit. Ich habe mich meinerseits sowohl als Reichsaussenminister wie auch als Außenminister klar und deutlich in dieser Frage ausgesprochen. Dr. Stresemann wandte sich dann der Frage der geistigen Einigkeit des Volkes gegenüber Deutschland zu und betonte, die geistige Umkehrung zu Gunsten Deutschlands ist ein Produkt der Arbeit der Regierung unter besonders schwierigen Verhältnissen. Sie beweist ferner, daß das Außenministerium nicht schläft.

Dr. Stresemann wandte sich dann vor allem gegen die Vorwürfe bezüglich der Bildung der großen Koalition und des Zusammenarbeitens mit der Sozialdemokratie. In der Wahlfrage, so fuhr der Redner fort, gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder weiter Wapergeld drucken oder hindurch durch das schwere, die Einschränkung bis auf das äußerste, um zu beständigen Verhältnissen zu kommen. Der Staat konnte nicht balanciert werden ohne den Abbau der Beamten und der das Gegenteil behauptet, ist ein Demagog. Dr. Stresemann kommt dann auf den Punkt in Bayern zu sprechen. Die Herren wollten nach Berlin marschieren. Sie haben sich nur nicht gefragt, was sie machen wollten, wenn sie in Berlin lagen. Hitlers Vorhaben war nach innen und außen geeignet, Deutschland in schwere Verlegenheit zu bringen.

Zum Schluß seiner Rede betonte der Außenminister, daß naturgemäß die verantwortliche Mitwirkung an der Regierung auch Unpopularität mit sich bringe. Trotzdem sei die Deutsche Volkspartei stolz darauf, die Verantwortung mitzutragen und getragen zu haben. Die Partei sei nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Das Vaterland über die Partei soll und muß die Parole sein.

Nachklänge der Wiener Kanzlerreise.

Der Reichstanzler Marx und der Außenminister Dr. Stresemann sind am Sonnabend vormittag von ihrer Wiener Reise wieder in Berlin eingetroffen. Der Reichstanzler hat sich nach kurzem Aufenthalt nach Elberfeld begeben, wo er am Sonntag der dortigen Zentrumspartei beizuwohnte. Minister Dr. Stresemann hat sich am Sonntagabend zu dem Parteitag nach Darmstadt begeben.

In einem Berliner Abendblatt war der Wiener Aufenthalt der deutschen Minister so dargestellt, als ob eine besondere Annäherung an den französischen Gesandten in Wien erfolgt wäre. Diese Darstellung ist nicht zutreffend. Die deutsche Gesandtschaft in Wien hat in der üblichen Weise die Karten des Reichstanzlers und des Außenministers beim diplomatischen Korps in Wien abgegeben und dieses hat die Karten erwidert. Der Reichstanzler und der Außenminister sind mit dem französischen Gesandten nur einmal am Donnerstagabend bei dem Empfang des Bundeskanzlers Seipel zusammengetroffen, zu dem das ganze diplomatische Korps geladen war. Bei diesem Empfang haben der Reichstanzler und der Außenminister einige Minuten lang auch mit dem französischen Gesandten ein unpolemisiertes Gespräch in gesellschaftlichen Formen geführt. Es ist nicht wohl denkbar, daß nach den unglücklichen ersten Versuchen einer Verständigung zwischen Berlin und Paris man gerade den Umweg über Wien wählen würde, um die deutsch-französische Verständigung zu erreichen.

Gesandter Tuzar.

Berlin. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der tschechoslowakischen Republik in Berlin, Tuzar, ist Sonnabend abends um 7,7 Uhr einem schweren Herzleiden, an dem er seit einiger Zeit litt, erlegen.

Tuzar begann seine Laufbahn auf innerpolitischem Gebiet, war zunächst Abgeordneter im böhmischen Landtag, später Abgeordneter des tschechischen Abgeordnetenhauses und Vorstandsmitglied des tschechischen Verbandes des tschechischen Reichstages. Nach Gründung der tschechoslowakischen Republik wurde er deren Gesandter in Wien, bald darauf trat er an die Spitze des Kabinetts; nach den Wahlen zur Nationalversammlung wurde er zum zweiten Male Ministerpräsident. Seit Anfang 1921 hat Herr Tuzar die tschechoslowakische Republik als deren erster Gesandter in Deutschland vertreten. Meistens wurde er nur diejenigen, die mit dem tschechischen Reich in enge Beziehungen zu kommen Gelegenheit hatten, werden durch den tschechischen Botschafter dieses um die Pflege der deutsch-tschechischen Beziehungen sehr aufrecht und beständig Diplomaten schmerzhaft berührt. Gestützt auf eine langjährige Kenntnis Deutschlands, die er sich schon vor seinem tschechischen Wirken erworben hatte, und auf alte persönliche Beziehungen hat sich Herr Tuzar als tschechischer Botschafter in Deutschland einen Namen gemacht. Seine gescheiterte, eine allgemeinere tschechische Freundschaft, wird in Berlin unvergessen bleiben.

Berlin. Nach dem erfolgten Ableben des k. k. tschechoslowakischen Gesandten Tuzar werden die Geschäfte der Gesandtschaft bis auf weiteres von dem Legationsrat Dr. Dapicek geführt.

Beileidschreiben des Reichspräsidenten.

Berlin. Der Reichspräsident hat an die Witwe des verstorbenen tschechoslowakischen Gesandten Tuzar das nachstehende Beileidschreiben geschrieben: „In tiefer Bewegung vernehme ich die Trauernachricht von dem plötzlichen Hinscheiden Ihres mit hochverehrten Väter, der mit auch seit langen Jahren persönlich nahegekommen hat. Aus einer glänzenden Laufbahn hat sich ein jähes Geschick seinem Vaterlande, dem er in den hervorragenden Stellungen seine ganze Kraft widmen konnte, abzuheben und seinem erhabenen Streben und rastlosen Schaffen ein vorzeitiges Ende gesetzt. Ich bitte Sie, verehrte gnädige Frau, meiner und meiner Frau herzlichsten Teilnahme versichert zu sein. Mit der Versicherung meiner besondern Hochachtung bin ich Ihr ergebener Herr Herr.“

Auch Reichstanzler Dr. Marx und Außenminister Dr. Stresemann haben Beileidschreiben geschickt.

Die Trauerfeier am Dienstag.

Berlin. Die Trauerfeier für den verstorbenen tschechoslowakischen Gesandten Tuzar wird Dienstag nachmittags 5 Uhr im Hause der Gesandtschaft veranstaltet. Der Widam des Gesandten wird nachtrag übergeführt und auf Staatskosten kirchlich bestattet werden. Die Witwe des Gesandten erhält gestern viele Beileidsbesuche und Telegramme.

Französische Erpressungsabsichten.

Paris. Die französische Regierung will dem „Revue“ zufolge die Annahme Deutschlands in den Völkerverbund von folgenden Bedingungen abhängig machen. 1. Deutschland soll unverzüglich und vorbehaltlos den tschechischen Plan annehmen und verwirklichen. 2. Deutschland soll seine militärischen Geheimverträge mit Rußland beenden und deren offiziellen Text dem Völkerverbund zur Nachprüfung unterbreiten. Daß zwischen Deutschland und Rußland keine militärischen Geheimverträge bestehen, ist Herrn Poincaré natürlich bekannt. Er beugt lediglich wegen der recht unangenehmen Enthüllungen über die tschechisch-französische Geheimverträge ein Ultimatum mandieren einzuweisen.

Einreichung von Kreiswahlvorschlägen für die Reichstagswahl.

Nach dem neuen Reichswahlrecht müssen Kreiswahlvorschläge von 500 Wählern unterzeichnet sein. An Stelle von 500 genügen 20, wenn diese glaubhaft machen, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Kreiswahlvorschlages oder eines anderen sind, mit dem sich der Wahlvorschlag verbinden oder der sich dem gleichen Wahlvorschlag anschließen will. Der Reichsminister des Innern hat in einem Rundschreiben an die Landesregierungen ausgeführt, daß für die Parteien, die im letzten Reichstage durch Abgeordnete vertreten waren, unbedingt unterstützt werden kann, daß ein von ihnen in einem Wahlkreis eingereichter Wahlvorschlag die geforderte Zahl von Wählern hat. Er hat dabei gebeten, die Kreiswahlleiter mit Stellung dahin zu versehen, daß eine Erklärung der Unterzeichner, daß ihr Wahlvorschlag dem Reichswahlvorschlag eines dieser im Reichstage vertretenen Parteien angeschlossen wird, als ausreichend angesehen werden kann.

reichende Glaubhaftmachung im Sinne der bezeichneten Vorschrift anzusehen ist. Als solche Parteien kommen in Betracht:

Bayerischer Bauernbund, Bayerische Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Deutsch-Nationalistische Partei, Deutschnationale Volkspartei, Deutsch-völkische Freiheitspartei, Kommunistische Partei Deutschlands, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Zentrumspartei.

Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß

hat sich namens der sämtlichen im Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß zusammengeordneten Landeskirchen mit einem Schreiben an alle Reichstagsparteien gewandt, in dem die Bitte ausgesprochen wird, in der Zeit vom 13. bis 21. April (Vormittag bis Ostermontag) den Wahlkampf ruhen zu lassen und den Frieden der Norwiche nicht zu stören.

nach Schluss unserer schon nach Hause gingen, denn es waren Stunden, die die Klagesorgen einmal auf kurze Zeit vertrieben hätten. Dem Verzeihen möchte ich mich anbequemen, sich bei späteren Veranstaltungen wohl mit der Saalfrage zu beschäftigen. Weiter möchte aber vor allen Dingen die laute Unterhaltung während eines schönen Konzertes und das Rauchen unterbleiben.

Diebstahl. Die kostenlose städtische Totenbekleidung wird in Tübbeln zum bevorstehenden 1. April verwirklicht. In der Stadtverordnetenversammlung vom 21. März 1924 wurde dieser neue bedeutende Schritt einstimmig beschlossen.

Diebstahl. Gegen 4 Uhr früh wurde bei einem im nahen Größlich wohnhaften 67 Jahre alten Händler ein Einbruch verübt. Als der Eindringliche überrascht wurde, schlug er mit einer scharfen Faust auf den Händler ein und führte ihm schwere Verletzungen zu. Die Diefel herbei kam, war der Eindringliche verschwunden.

Mitteil d. d. a. Den Bemühungen der biesigen Kriminalpolizei und Gendarmerie ist es jetzt gelungen, von den vier rätselhaften Mordtaten in der feierlichen Vandenbergschall beim Gutsbesitzer Rob. Ullrich in Niederroßlau einen Mittelschwerer Einwohnern in Osttha zu verhaften, wo er sich bei dortigen Kommunisten versteckt aufhalten sollte.

Radfahrer. Die Stuhl- und Möbelindustrie ist zur Zeit wieder ziemlich voll beschäftigt. Zum Teil liegen Aufträge nicht nur aus dem benachbarten Ausland, sondern auch aus Südamerika in größerer Menge vor. Besonders gut geht das Geschäft in letzter Zeit in Schneeschuhen.

Unfall d. d. a. Am Sonntagvormittag wurde das Urteil im Landfriedensbruch-Prozess gefällt. Es wurden verurteilt: Wegen schweren Landfriedensbruchs Langenberger zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis, worauf 3 Monate 10 Tage Untersuchungshaft angesetzt wurden. Dubinsky wegen einfachen Landfriedensbruchs zu 6 Monaten Gefängnis, Meier wegen schweren Landfriedensbruchs zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Michaels unter Einbeziehung der gegenwärtig verhängten Strafe zu insgesamt 2 Jahren 1 Woche Gefängnis, Dautlein wegen schweren Landfriedensbruchs zu 8 Monaten Gefängnis. Den Angeklagten wurden mildernde Umstände zugesprochen.

Gründlichkeit d. d. a. Einem biesigen Gutsbesitzer, der ein Schwein zu Schlachten beabsichtigte, wurde in der Nacht zuvor das Brunnenwasser vergiftet. Der Diefel wurde zum Glück rechtzeitig bemerkt, so daß die Familie vor größerem Schaden bewahrt blieb.

Wachen. Das Polizeiamt teilt mit: Die Ueberwachung der Volkseinkunde hat in letzter Zeit in Blauen überhand genommen. Die für die Ueberwachung an Ort und Stelle abforderte Strafe von 1 Mark ist offenbar zu niedrig. Obwohl die Polizeibeamten, wie an sich selbstverständlich ist, aber auch allgemein anerkannt wird, beim Gelingen der Volkseinkunde durchaus angemessen auftreten, gefallen sich einzelne Kreise der Bevölkerung darin, sie lächerlich zu machen und zum Teil auch auf das Größliche zu betreiben. Das Polizeiamt ist nicht geneigt, seine Beamten dem länger auszuweichen. Es wird in Zukunft zu stärkeren Maßnahmen schreiten. Schankwirte, die das Verweilen von Gästen über die Volkseinkunde hinaus wiederholt dulden, haben die Forderung einer früheren Volkseinkunde zu gewärtigen. Nach Befinden wird das Polizeiamt auch beim Stadtrat beantragen, daß dieser ihnen die Schank-erlaubnis entzieht. Die Gäste müssen damit rechnen, daß sie in Zukunft nicht mehr an Ort und Stelle abgefragt werden, sondern ihre Verlässlichkeit festgestellt wird und sie mit einer empfindlichen Geldstrafe durch Strafverfügung belegt werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 24. März 1924.

Die Frankfurter als Massenmörderin.

Berlin. Ein Kriminalfall ist im Verlauf einer Anzeige des Kammergerichts anlässlich eines Erbschaftsprozesses durch die Kriminalpolizei aufgedeckt worden. Die jetzt 32 Jahre alte Frau Erna W. die Gattin eines Obersekretärs, wurde unter dem dringenden Verdacht des niedrigen Mordes, des Meineides, der Testamentfälschung und der Erbschaftserei in Haft genommen und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Die Verhaftete, eine frühere Frankfurter, wird beschuldigt, ihren ersten Ehemann, dessen Bruder und dessen Mutter vergiftet und ihren zweiten Ehemann erschossen zu haben.

Spontane Kundgebung für den Reichskanzler.

Elberfeld. Die gestrige Rede des Reichskanzlers wurde mit stürmischen Beifallskundgebungen aufgenommen. Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland und dem Absingen des Deutschlandliedes fand die Versammlung ihren Abschluss. Vor der Stadthalle hatte eine tausendköpfige Menge auf den Reichskanzler und bereitete ihm eine spontane Ovation. Dieser ergab hier noch einmal das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er betonte, daß er und die Regierung das äußerste ausbieten würden, um das Rheinland nicht im Stiche zu lassen und um die Freiheit des Reiches zu erhalten. Die Kundgebung wurde mit dem drausenden Beifall des Deutschlandliedes geschlossen.

Laibde entlassen.

München. Der kürzlich verhaftete Pastor Dr. Quibbe ist nach Beschluß des Volksgerichtes wieder in Freiheit gesetzt worden, weil keine Fluchtgefahr vorliege. Das Verfahren nimmt seinen Fortgang.

Große Kundgebung in Rom.

Rom. Anlässlich des 5. Jahrestages der Begründung der faschistischen Organisationen fand auf dem Venezianischen Platz eine große Kundgebung statt, der auch 5000 Vertreter faschistischer Organisationen beizuhören. Nach Beendigung der Kundgebung, wobei auch am Grabe des unbekannten Soldaten eine Feyer stattfand, zogen die Teilnehmer in geschlossenem Zug zum Quirinal, wo dem Könige begeisterte Huldigungen dargebracht wurden, und dann nach dem Theatre Constanti, wo Mussolini von stürmischen Beifall begleitet eine Ansprache hielt. Er warf zunächst einen Rückblick auf das von der faschistischen Regierung bisher Geleistete. Zur äußeren Politik Italiens übergehend, deren Richtlinien er darlegte, stellte Mussolini fest, daß es eine bloße Fiktion sei, wenn man behauptet, daß Italien isoliert dastünde. Indem Italien seine friedliche Politik verfolgte, sei es überall dabei, wo internationale Interessen behandelt würden. Italien habe den Sowjetbund anerkannt und stehe der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nicht ablehnend gegenüber. Wie friedlich die Politik Italiens aber auch sei, so dürfe man doch pazifistischen Träumen keinen Glauben schenken. Mussolini schloß mit der Ankündigung, daß die Regierung nach den Wahlen die parlamentarische Arbeit in Gang bringen werde.

Zur Unterredung des französischen Botschafters mit MacDonald.

Paris. Der „Temps“ berichtet in einem Artikel die Unterredung des französischen Botschafters in London mit MacDonald. Die Behauptung, daß der französische Botschafter MacDonald einen Sicherheitspakt vorgelegt habe, sei unrichtig. Der französische Botschafter sei im Gegenteil beauftragt worden, einen derartigen Vorschlag zurückzuweisen, den, wie man wissen wolle, der britische Botschaftsträger in Paris gemacht habe. Dieser Vorschlag laufe darauf hinaus, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen. Poincaré habe dies zurückgewiesen und zur Begründung seines Standpunktes ein Memorandum an London abgeben lassen, das der französische Botschafter

heute dem englischen Botschaftsträger überreichte. Der „Temps“ glaubt nicht, daß der britische Botschaftsträger einen derartigen Vorschlag gemacht habe. Poincaré habe auch kein Memorandum abgelehnt. Die französische Regierung schlage keine Kombinationen vor. Die Demarche ihres Botschafters sei keine Antwort auf einen britischen Vorschlag. Sie sei das Ergebnis einer spontanen Initiative der französischen Regierung. Denn Frankreich sei der Ansicht, daß es das einzig richtige sei, über die Sicherheitsfrage zu verhandeln. Frankreich habe keine besondere Formel. Es sei bereit, in durchaus freundschaftlichem Geiste alles anzuhören, was England ihm in dieser Frage zu sagen haben werde.

Flucht des persischen Thronfolgers.

Paris. Dasas berichtet aus Teheran, der Thronfolger habe den Palast verlassen und seinen Wohnsitz außerhalb der Hauptstadt eingenommen.

U. Goch am Qual d'Orsay.

Paris. Au dem gestrigen Besuch des Herrn v. Goch am Qual d'Orsay erzählt der Korrespondent der „T.Z.“, daß die stattgefunden Unterredung der Frage galt, inwieweit die Vorbereitungen der Reichstagswahl im besetzten Gebiete ungehindert getroffen werden können. Verhandlungen betreffend des Austausches des Hauptmannes d'Armont gegen deutsche an der Ruhr festgenommene Geiseln sind bereits seit einigen Tagen im Gange.

Verlängerte Dienstreise in der Roten Armee.

Moskau. Das Zentralerekutivkomitee der Sowjetunion hat, wie Jzwetshia meldet, als Dienstreise für die Marine und die Staatspolizeitruppe 4 Jahre, für Flieger-gelehrten 3 Jahre, für die übrigen Truppen wie den Stab und die Militärbehörden 2 Jahre festgelegt.

Vermischtes.

Wegen Mordverdachts verhaftet. Unter dem dringenden Verdacht des niedrigen Mordes ist eine 32 Jahre alte Frau Erna W. verhaftet worden. Sie wird beschuldigt, ihre erste Schwiegermutter, ihren ersten Mann, dessen Bruder und ihren zweiten Mann getötet zu haben, um sich in den Besitz der Erbschaft zu setzen. Die Verhaftete betritt noch ihre Schuld, hat aber bereits angegeben, daß sie das angebliche Testament ihres Schwagers, in dem sie zur Alleinerbin eingesetzt wurde, gefälscht hat.

Ein falscher Gasfächer verhaftet. Der falsche Gas- und Elektrizitätsfächer, der seit langer Zeit im Westen Berlins Betrügereien verübt, ist auf frischer Tat ertappt worden. Es ist ein ehemaliger Gasfächer bei einer Gasanstalt, Brünner, der bei seinem Abgang eine Reihe von Quittungsformularen mitgenommen hatte. Auch die Dienstmappe mit dem Schild behielt er und hat nun, gestützt auf seine Erfahrungen, die Beträge für Gas eintrifft. Als schließlich kein Betrag zu den Zeitungen führte, stellte er um und wurde Gasfächer für Elektrizität. Dabei ist er gestern von einem aufmerksamen Verbraucher beim Kassieren der Rechnung ertappt worden. Man rief die Polizei und ließ ihn festnehmen.

Bodenentkungen in Frankreich. Bewegungen der Erdkruste haben sich in unsere Zeit von der Wissenschaft feststellen lassen. Die feinsten Beobachtungen dieser Art sind in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Frankreich ausgeführt worden. Hier hat man Höhenmessungen vorgenommen, die eine Länge von 15000 Kilometern erreichten und höchstens eine Fehlerquote von 2-3 Millimeter auf einen Kilometer aufwiesen. Wie Rudolf Hundt in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ ausführt, ist man dabei zu interessanten Ergebnissen gelangt. So folgte einem von 1857 bis 1864 ausgeführten Nivellement ein zweites in den Jahren 1884 bis 1893. Durch einen Vergleich ergab sich, daß in den etwa dreißig Jahren, die zwischen den beiden Nivellements liegen, Bodenentkungen vor sich gegangen sind. Diese Entkungen, die bis zu einem Meter betragen, nehmen vom Mittelmeer bei Marseille bis an die belgische Küste stetig zu. Diese fortschreitenden Bodenentkungen haben die Gestalt von Trog- und Muldenbildungen, deren Achsen in der Richtung des Rhonetales liegen und deren östliche Flügel die Gebirgsgruppen der Alpen und des Jura ausmachen. Das Entkungenfeld beginnt am Fuß der Pyrenäen und erstreckt sich nach Norden über das französische Zentralplateau hin und erstreckt sich im Norden bis an das Seine-Becken und den Kanal. Man wußte schon lange, daß sich seit der Nachkriegszeit die ganze nordfranzösische und niederländische Küste senkt. Es scheint sich bei diesen französischen Bodenentkungen um ein Gegenstück zu der Senkung an handeln, die wir in Deutschland in der Gestalt des „Mittelrheinischen Grabens“ besitzen.

Mündrik.

Neubestellungen

auf das täglich erscheinende Mündrik-Tagblatt werden jederzeit von Herrn M. Jordan in Mündrik, Langenberger Straße 24, angenommen.

Turnen, Sport und Spiel.

Im Kampfe um die mitteldeutsche Meisterschaft siegte bei dem gestrigen ersten Vorrundenkampf in Elberfelder Sportverein Riesa gegen Sportklub „Preußen“ Bielefeld 6:2. (Spielbericht folgt.)

Fußball. Die erste Zwischenrunde für die Spiele um die mitteldeutsche Meisterschaft findet am Sonntag, den 30. März, statt. Es sind folgende Spiele festgelegt: Freital-Sachsen: In Rüdow: Rüdowaner SC. gegen den Vertreter von Leipzig auf dem FC. 02-Platz. Schiedsrichter: Knorr-Plauen. In Chemnitz: Chemnitz SC. gegen Riesaer Sport-Club. Sportplatz: Schiedsrichter: Schöninger-Dresden. In Dresden: Brandenburg gegen Plauerer Sport- und BC. Ringplatz 3 Uhr. Schiedsrichter: Fuchs-Leipzig.

Berein für Bewegungsspiele Riesa-Größe (E. B.). W.D. schlägt Blasenw.D. Dresden 1:3:1 (1:0). Vom Anfang bis zum Ende ein abwechselndes Spiel. W.D. hat Vorrück, die Blasenw.D. verlor sofort das Spiel in die gegnerische Hälfte und verlor 8 Minuten lang durch ihre feindlichen Kombinationen. Der Gastgeber Rüdow hat sich anfangs nicht zusammen, er spielt gefahren. Erst nach und nach tritt Besserung ein, als Aufseher in der 13. Minute unbehaltbar einsetzt. Bis zur Halbzeit Mittelstücken. Nach der Pause wurde eine Umstellung vorgenommen, welche sich auch bewährte. Durch Planenbruch von rechts schloß Rüdow, was den 2. Treffer. Die Gäste können nach dem durch wunderbare Vorzüge ihres Rechtsaußen das Obertor erzielen. W.D. drückt nunmehr tolllos. Einen Eckball verwandelt Rüdow zum 3. Tor. Raras leitete aufmerksam. Jugend-Mischspiel. Unter Bezirksmeister errang gegen die Jugend des F. C. Dantenfeld einen 3:0 Sieg. Dessenfalls ist dieser Elf kommenden Sonntag bei den Gaumeisterschaften recht viel Glück belchieden.

Ein Franzose stürzt in Berlin. Die Eröffnung der hiesigen Währungsunion brachte zum erstenmal seit mehr

als zehn Jahren wieder einen Franzosen in Deutschland an den Start, und zwar Miguel (Paris), der vor dem Krieg in Berlin lebte. Bei der Schlusswertung wurde Wegmann (Schweiz) erster, Miguel (Frankreich) zweiter und Thomas (Dresden) dritter.

Ein deutscher Radrennfahrer im französischen Konkurrenzkampf. Auf dem Pariser Velodrom der Buffalobahn startete heute der deutsche Dauer-Radrennfahrer Kurt Wittig. Es ist das erste Mal seit Juli 1914, daß ein deutscher Radrennfahrer sich an einer Konkurrenz in Frankreich beteiligt. Wittig wurde freundlich aufgenommen. Weitere Teilnehmer waren Paul Suter (Schweiz), Dejour (Belgien) und die Franzosen Caterdal, Parlot und Lapalade. Wittig hatte zweimal Reifenschaden, wodurch seine Leistungen beeinträchtigt wurden. Das Resultat des Rennens war: 1. Suter, 2. Parlot (5 Runden zurück), 3. Wittig (8 Runden zurück). Wittig wurde ein Blumenstrauß überreicht, den er vor dem Denkmal der gefallenen französischen Radrennfahrer im Velodrom unter lebhaftem Beifall des Publikums niederlegte.

Ein neuer Weltrekord im Brustschwimmen. Bei den zweitägigen internationalen Schwimmwettkämpfen des Männer-Schwimmvereins München stellte der deutsche Meister Rademacher im 100 m-Brustschwimmen mit 1 Min. 15 Sek. einen neuen Weltrekord auf.

Deutsche Sieger in internationalen Boxkämpfen. In Hamburg wurden gestern internationale Boxkämpfe veranstaltet. Breitensträter schlug den Engländer Harry Gold in der ersten Runde entscheidend. Auch die beiden anderen Ausländer, und zwar der Engländer Watto Coran und der australische Meister Francis Burns, wurden geschlagen, der erstgenannte von dem Hamburger Rindig und der letztgenannte von dem Bremer Antonowitsch.

„Vergessen Sie nicht, ihre Antenne zu erden!“



Das Anschalten der Antenne bei Blitzschlag. Der Erdungsleiter auf dem Balken.

In der Atmosphäre findet ein unermüdlicher Austausch statischer Elektrizität statt. Wenn so wir der Luft immer in einer gewissen Bewegung ist. Auch am schönsten Sommertage merken wir, wenn wir uns in eine ungelegte stellen, daß sich die Luft bewegt. Wenn so fühlt auch der Radiomast die statischen Schwankungen der statischen Elektrizität in der Atmosphäre, wenn er durch die Antenne mit ihr verbunden ist. Schon um die dauernde Belastung zu vermeiden, die besonders bei Detektorempfängern eine solche Herabsetzung der Empfindlichkeit mit sich bringt, sollte man die Antenne erden, wenn nicht empfangen wird. Viel tausendmal häufiger als diese statischen Entladungsercheinungen werden jedoch Gewitter, auch solche in großen Entfernungen vom Empfänger. Wenn wir eine kleine Funkentladung zwischen Antenne und Erde einschalten, können wir in einem ganz dunklen Zimmer häufig kleine Funken überbringen, die bei einem Ferngespräch sehr rasch aufeinander folgen, und sich bei einem Radiogewitter bis zu einem Strahlenbündel verdichten. Das sind die statischen Entladungen, die unseren Apparat schädigen. Wir sehen aus der Funkengröße, daß solche Entladungen, die noch keine Blitze zu sein brauchen, leicht hundertenmal stärker sind als unsere vom fernen Sender herkommende Konzentration, so daß unser Apparat von der Statik viel mehr belastet ist als vom eigentlichen drahtlosen Empfang. Wenn solche Funken in den Empfänger gelangen, auch wenn sie noch so klein sind, machen sie die Spitze des Detektors stumpf und durchschlagen bei Hörerempfängern leicht einen Kondensator, da sie ja immerhin eine Spannung von einigen hundert Volt beinhalten können.

Unsere Funkfreunde dürfen nicht denken: Ach, im Winter ist das nicht so gefährlich, jetzt sind ja keine Gewitter! Die statischen Entladungen in der Atmosphäre sind dauernd vorhanden und können sehr häufig in unserer kleinen Funkanlage im dunklen Zimmer beobachtet werden. Sogar beim ruhigen Schneefall können wir unter Umständen solche Funken wahrnehmen, ein Beweis, daß statische Entladungen vorhanden sind. Man kann auf verschiedene Arten die Antenne erden. Die beste Methode ist die, die unser Bild darstellt. Direkt am Fenster, wo die Antenne in das Zimmer hereinkommt, ist ein Umfalter auf Vorhangsmodell angebracht. An dem Hebel ist die Antennenleitung angeschlossen. Die oberen Kontaktpunkte sind mit der Zuführung der Antenne zum Apparat verbunden. Der untere Schaltpol liegt direkt an der Erde. Wenn nicht empfangen wird, legt man den Schalter nach unten, beim Empfang nach oben.

Da man aber leicht vergißt, die Antenne zu erden, wird vielfach eine Blitzschutzvorrichtung, wie wir sie vom Telefon her kennen, zwischen Antennen und Erdklemme des Umfalters gelegt. Starke Entladungen gehen dann aber die Sicherung weg direkt zur Erde.

Statt der Blitzschutzvorrichtung verwendet man zuweilen auch eine Blitzschutzvorrichtung, die wir an Hochspannungsmotoren der Starkstromwerke schon gesehen haben. Die Hochspannungswellen gehen durch die Blitzschutzvorrichtung nicht hindurch, während die statischen Entladungen der Luft über die Drossel hinweg direkt zur Erde fließen.

Heutiger Dollarkurs (amt.): 4,21 Billionen M.

(unverändert)
Bergproben, ohne Gänge.

Der Kampf gegen die Erblindung.

Die Behandlung frischer Katarakte ist gegenwärtig ohne Zweifel ein recht aktuelles Thema. Es gibt sicher nur wenige Menschen, die in der letzten Lebenszeit nicht wenigstens einmal einen Schnupfen oder Husten oder eine Heiserkeit davontragen. Man spricht vielfach in etwas geringfügigem Ton von einer „Erblindung“, ohne sie weiter zu beachten. Wie wenig diese Vorgänge angebracht ist, lehren die Ausführungen, die Prof. Rothmann aus Wien in der Therapie der Gegenwart machte. Eine Heilung ist — so äußert er sich — nur bei einem frischen Ka-

tarrach möglich; ein verschleppter, also chronischer Katarach dagegen heilt gar nicht oder nur unvollkommen. Die zeitliche Ausdehnung, während der volle Rückbildung der organischen Veränderungen bei akut eintretenden Katarakten erwartet werden kann, schwankt innerhalb gewisser Grenzen. Ungeheim viel kommt dabei auf die Konstitution, die Widerstandskraft des einzelnen an, und nicht minder bedeutsam sind die dann schließlich doch noch angewandten Maßnahmen baltischer, physikalischer, medikamentöser Natur. Ist ein Katarach, der über sechs Monate gewährt hat, in anatomischem Sinne noch vollkommen rückbildungsfähig, d. h. heilbar, dürfte nicht allzu oft vorkommen. Ge-

wisse Veränderungen des Gewebes sind hier schon eingetreten, die sich nicht wieder ausgleichen lassen. Deshalb muß jeder akute Katarach, auch der leichteste, vom ersten Tag an sorgfältig behandelt werden. Vor allem ist für möglichst gewissenhafte Fernhaltung der Schädlichkeiten zu sorgen, die die natürliche Rückbildung der kataraktischen gewöhnlichen Veränderungen aufhalten können. Diese Schädlichkeiten sind für die akuten Katarakte der Atmungswege: Einatmung kalter oder überhitzter, wechsellagerter Luft, Einwirkung von Temperaturwechsel auf die Haut, Wind, Staub, Rauch, Sprechen.

Mitteilungen.

Goldschmelzerei, Weißhager Staatshofkeller.
Nebstteil Goldschmelzerei.
Mittwoch, 2. April 1924, vorm. 9 Uhr.
Gefäß in Größe: 68 m. Stämme bis 29 cm, 1 b. desgl. 38 cm, 45 b., 10 m. Stämme bis 29 cm, 425 m. Derbstangen 8-15 cm, 40 m. Stämme 7 cm, 60 m b., 100 m m. Rumpfscheite, 35 m b., 225 m m. Rumpfscheite, 84 (Kahl), 84-88, 97, 98, 101, 103, 104 (Einzelb.).
Hofkellerverwaltung Weißhager a. M.
Hofkelleramt Dresden.

Kammerlichtspiele

Heute letzter Tag Stanley 4. Teil:
„Todesangst“.
Als Dienstag der gewaltige Massenfilm
Die Marquise von Clermont
ferner das tolle Lustspiel
Neureichs Abenteuer u. sein Defektiv Knallhorn.
Voranzeige, Als Donnerstag
Stanley 5 Teil: Wüstengefahren.
Um gültigen Anspruch bittet
der Besitzer Karl March.

Arbeits- u. Berufskleidung
Hosen in Manchester, engl. Leber,
Zwirostoff; blaue Jacken u. Hosen
zu bekannt billigen Preisen
Frans Feinse, Hauptstraße 28.

Fahrrad-Reparaturen
Nähmaschinen-Reparaturen
werden fachgemäß und billigst ausgeführt bei
Hindolf Schließer, Hauptstr. 60
Werkstatt mit Kraftbetrieb.

Grosse Bestände

erhältlicher Obstbäume, Beeren-
obst, Rosen, Stachelhölzer vorrätig.
— — — — —
— — — — —
— — — — —
Paul Pinkert, Baumhändler —
Vaußig b. Niesitz
Telefon Niesitz 729.

Gebrautete Bau- und Düng.
KALK
geben wieder ab
die Hüttmayer Kalkwerke. Tel. Amt Oltrau Nr. 3, Tel.
Amt Mühlau Nr. 39 u. 46.
Auf Wunsch Einfuhr durch eigenes Lastauto.

Speisekartoffeln
verkauft
Emil Klinger, Bismarckstr. 11 a.



H. Richters
Separat-Tanzkurs
beginnt Donnerstag, 3. April (Damen 7 Uhr,
Herren 9 Uhr), nicht Mittwoch, 2. April. An-
meldungen werden noch entgegengenommen.

Herren- u. Burschenanzüge
die größte Auswahl in allen Preislagen hat stets am Lager
Frans Feinse, Hauptstraße 28.

Proche mit Doppelbild
verl. a. d. Wege Gröbba,
Bleichenstraße und Bahnhof
bis Gröbba. Der Käufer,
der selbige teures Andenken,
geg. Belohnung abzugeben
beim Blumhändler Kühne.

Proche: Denkmünze, Silber
m. Zug von Bahnhof
Gröbba (Wintert 7.47
Niesitz) bis Bürgergarten
verloren. Abzugeben geg.
hohe Belohnung bei Bürger,
Weiden, Schillerstr. 24 od.
Bahnhof. Gröbba. D. Kühne.

Junger Hund
ausgelaufen, wenn nicht
abgeholt, zu verkaufen.
Bismarckstr. 61, Gröbba.
Suche sofort oder 1. April
möbl. Zimmer
am liebsten Wohn- und
Schlafzimmer, m. Schreib-
tisch u. Telefon, evtl. mit
voller Pension.
Werde auch Briefchen an
E. Brönnel abgeben.

Möbl. Zimmer
ver. sofort od. später von
Herrn gesucht. Angeb. unt.
X 1048 an das Tagbl. Niesitz.
Möbl. od. leeres Zimmer
(möbl. mit Kochgehl.), von
Herrn. Ehepaar sofort
gesucht. Off. unt. X 1049
an das Tagbl. Niesitz.

250 Gmk.
gegen Sicherheit und gute
Verpflegung auf Lebens-
mittelhandlung zu leihen
gesucht. Off. unt. X 1052
an das Tagbl. Niesitz.
Eaubere Waischfrau
gesucht. Otto Reinemann,
Hauptstraße 20.

Einzelne, fleißiges
Dienstfräulein
mit g. Zeugnissen 1. April
oder später gesucht. An-
gebotene Geldstr. 20.
Winter lacht
Wirtshausfräulein
i. Alt. v. 38-42 J. Witw.
bevorz. Deut. u. engl. u. sch.
zu erf. im Tagbl. Niesitz.

Fräulein
perfekt in Stenographie
und Schreibmaschine, aus-
drucksweise ver. sofort ge-
sucht. Dauernde Anstel-
lung nicht ausgeschlossen.
Angebote erbeten unter
X 1051 an das Tagbl. Niesitz.

Bautenmeister
für Nebenarbeit gesucht.
Off. unt. X 1050 an das Tagbl. Niesitz.

Fließiger
gewinnhafter Herr
welcher sich für die Viehe
und den Verkehr mit der
Rundschau i. Tabakwaren
u. m. eign. auf Provisionen
entschließung für hier und
größeren Kreis gesucht.
Bewerbungen mit Unter-
lagen und Empfehlungen
erbeten unter X 1053 an
das Tagbl. Niesitz.

Dieners-Heftfattel
komplett, guterb., 1 Tafel-
klavier zu verkaufen.
Biele, Hotel Kronprinz.

Konfirm.-Anzug
geit. sehr guterb., blau,
gr. Fig., zu verkaufen bei
Wid. Weidmann,
Gröbba, Kirchstraße 2.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröbba

Heute letzter Tag: „Zwischen Flammen und Ketten“.

Dienstag bis Donnerstag: Das gr. Ausstattungslustspiel

5. Akt

„Prinz Karneval“

5. Akt

6. Akt

„Freund oder Weib“

6. Akt

Ein Schauspiel aus dem wilden Westen in 8 gewaltigen Akten.
Vorführungen ab 7 Uhr. Kassenschluß 9 Uhr.

Lumpen, Papier
Selle aller Art
kauft kassend
Gröbba
Ein- u. Verkaufsgeschäft
Carl Hofmann, Gröbba
Dammweg 4. Telefon 670.
Tafelst. sind auch
100 qm neue Bismarck-
Dachbäume zu verkaufen.

Briketts
nur gute Qualität
empfehlen
Paul Wenzel
Gröbba. Telefon 528.

Kunfelrüben
verkauft
R. Thomas,
Weidner Straße 35.

Heu kauft
Ziegelerei Gröbba.
Telefon 165.

Beschädigtes Getreide
kauft
Mais usw. gegen Kasse
Wettberg,
Rittergut Gröbba, Sa.

2 Häufelchweine
gute Fresser, ca. 45 Pfund
schwer, verkauft Albert
Faber, Gröbba, am
Bahnhof. Tel. Niesitz 516.

Vinothepseker
an Idealmaschine
sofort gesucht.
Niesitzer Tageblatt.

Niesitz — Sternsaal
Freitag, den 4. April 1924, 8 Uhr

Richard Wagner-

Konzert

Max Hirtzel (Tenor)
u. d. Städt. Staatsoper
zu Dresden

Rudolf Bodemann (Bariton)
vom Städt. Theater
zu Leipzig

Chor: Chorverein Niesitz
Orchester: 45 Musiker (Orchester Dresdner
Händler und Pflanzentafel)

Leitung: J. van Schönerbaum
Ouverture
Introduction und Chor der
Friedensboten

Alenzi
Vorpiel zum 3. Akt
Brantchor
Grabschlagung

Lobengrin
Vorpiel zum 3. Akt
Brantchor
Grabschlagung

Sannhäuser
Vorpiel zum 3. Akt
Brantchor
Grabschlagung

Meisterfänger
Vorpiel zum 3. Akt
Brantchor
Grabschlagung

Karten zu 6, 4.50, 3, 2.50 (num.) und 2 M.
(nichtnum.) — für Mitglieder des Chorvereins zu
5, 3.50, 2.50, 2 (num.) und 1.50 (nichtnum.)
gegen Vorweisung der letzten Vierteljahrs-
quittung — bei Hofmann, Hauptstr. 36 und
Zicker, Hauptstraße 79

Am Donnerstag, 27. März 1924, abends 8 Uhr
spricht unsere Führerin Fräulein Guida
Diehl-Eisenach im Jugendheim, Hohe Straße,
über die Grundgedanken der Neulandbewegung:
„Erneuerter Christentum, wahres Deutschtum“. Wir
laden hierzu alle ein, die an einer Erneuerung Deut-
schlands mitarbeiten wollen. Der Neulandkreis Niesitz.

Die Tochter des Brigadiers

Nur Dienstag
Mittwoch
Musikalische Illustration durch das erst-
klassige Rieser Kammermusik-Quartett

Prinzess-Lichtspiele
Hotel Höpfner

Anfang 8
Kassen-
öffnung 7

2 fast neue
Steppdecken
mit guter Daunenfüllung
und Kuvert, ein neues
Tafelgedeck billig zu ver-
kaufen. Friedrich Witzing,
Neu-Weiden, Niesitzstr. 8.

Wilhelm Fritzsche
und Frau Annemarie geb. Peter
zeigen die glückliche Geburt ihrer Tochter an.
3. St. Dresden, 22. 3. 24.

Allen denen, welche unseren lieben Entschlafenen
Fleischermeister
Otto Stubenrauch
bei seinem Heimgange ehrten und ihre Teilnahme an unserem schweren
Verluste bekundeten, sprechen wir hierdurch unsern innigsten
Dank aus.
Dresden, den 24. März 1924.
Genannte verw. Stubenrauch und Kinder.

Meine Frau war
über 60 Jahre
m. einer höchst

flechte

besitzt.
Sein gelbes Flecken
hatte sie auf dem Rücken.
Durch Zucker's Patent-
Medizinale-Selle wurden
die Flechten in 8 Wochen
beseitigt. Diese Selle ist
Tausende wert. G. B. D. Dazu
Zucker-Creme, nicht fälschend
und leichtlich. In allen
Apotheken, Drogerien und
Parfümerien erhältlich.

Erhält
Fernsprech-
anschluss
Nr. 196

Star Schönik Fleischer-
meister.

Briketts
eingetroffen. Auf Wunsch
lieferbare bis ins Haus.

S. Voftrach
Neu-Weiden. Telefon 720.

Meiner werthen Kund-
schaft zur Nachricht, daß
ich nunmehr in der Lage
bin, mein
Wischenfluggeschäft
wieder aufzunehmen und
bitte um geschätzte Auf-
träge. Wilhelm Dietrich,
Bismarckstr.

Ständiges Lager
aller gangbaren
Armaturen

für Wasser und Dampf
in Metall und Eisen
empfehlen
Franz Müller
Weidner, Hauptstr. 33.

Sporthemden
in all. Größen eingetroffen.
Damenhemden
Beutleder
Reinwolle
Unterhosen
Nachschneiden
Unterwäsche
Zunderblusen
Wirtschaftsblusen
Zatenschürzen
Büschelschürzen
Kinderblusen

Lausitzer Leinen-
u. Baumwollwaren.
Gute Waren zu wirklich
niedrigen Preisen!

Stangen- u. N. Hühner
Optim. 25 (Klempner-Druck)

Dier Wajen
Eier
Schokolade od. Marzipan,
je von 10 Stk. an; 4 Zehn.
Schokolade 1 Stk. Paul
Friedrich, Goethestr. 15.

N. grüne Perlinge
N. Schellfisch.

Carl Jäger, Gröbba.
Täglich frische Seefische
frische grüne Perlinge
zum billigen Preis.
Clemens Bürger.

Morgen Dienstag frische
frische Heringe
frische Seefische
H. Bückling
empfehlen
Otto Jäger, Gröbba.

Die heutige Nr. umfasst
8 Seiten.

Der Zeigener-Prozess.

6. Tag.

Telzow, 22. März. (Telunion.) Der Vorsitzende verhandelt bei Beginn der heutigen Verhandlung, er lehne die vom Rechtsanwalt Brand beantragte Protokollführung verschiedener Teile der Aussagen des Zeugen Rechtsanwalt Dr. Meier ab.

Es wird dann mit der Zeugenvernehmung fortgefahren. Als erster Zeuge wird der Pelwarenhandhändler Maas Schmeier vernommen. Der Vorsitzende erkundigt sich zunächst, warum der Bruder des Zeugen, Salomon Schmeier, trotz der Reueabgabe nicht vor Gericht erschienen sei. Er ist angeblich krank im Haag. Der Zeuge Maas Schmeier war zur Zeit der Verhaftung an Dr. Zeigener nicht im Geschäft. Bei der Verhaftung der Brüder hat er nichts darüber erfahren. Rechtsanwalt Tschobik: Sie verkaufen doch im Allgemeinen nur erwas und nur ausnahmsweise an Private. — Zeuge Maas: Das ist vermutlich der entscheidende Punkt für die Nichtabgabe solcher Privatgeschäfte, die sonst der Umsatz und Zugabe unterliegen würden. Als der Zeuge Maas Schmeier nachträglich verhaftet werden soll, wird ihm auf seinen Wunsch gestattet, beim Schwur nach der Vorchrift der strenggläubigen Juden den Hut aufzusetzen.

Die Abgabe und Vernehmung der Ministerpräsidenten und Reichsminister wird vom Gericht abgelehnt mit der Begründung, die Vernehmung dieser früheren Minister über die Zuständigkeitsverhältnisse des Ministerpräsidenten würde unzulässig sein, denn das Gericht habe die Verpflichtung und das Recht, den Artikel 29 der schlesischen Landesverfassung selbst aufzulegen.

Reine Landwirtschafsgärtner Sauer bittet vor seiner Vernehmung, man solle ihn nicht zeichnen, da er nicht wünsche, daß sein Bild in die Zeitung kommt. Sauer kennt Möbius schon seit 1919 und hat beobachtet, daß er aus verschiedenen Geschäften viel Geld verdient. Möbius saß im späteren einmal, er bekomme gute Geschäftsaufträge, wenn er Gnadengelände anbringe und durchziehe. Auf Sauer's Frage, ob die Herren im Ministerium auch Geld nehmen, habe Möbius geantwortet: Nein, das ist nicht so. Wer sich als Beamtler anständig erweisen will, der gibt etwas für eine Wohltätigkeitsanstalt. Als später Zeigener verhaftet wurde und die Sache durch die Presse ging, traf der Zeuge in Telzow mit Möbius wieder zusammen. Möbius war sehr aufgeregt und erzählte Sauer, er werde morgen Dr. Zeigener gegenüberstellen und seine in der Presse veröffentlichten behauptenden Aussagen gegen Dr. Zeigener seien nicht wahr. Sauer fragte, wie er denn dazu gekommen sei. Darauf antwortete Möbius: Der verdammte Hund, der Meier, hat mir das alles in den Mund gelegt. Er sagte, er würde mich verteidigen. Zeigener sei jetzt in der Schweiz und lasse mich im Dreck sitzen. Ich könnte mir doch nicht gefallen lassen, daß ich in den Zeitungen als Judenhäcker bezeichnet werde. Wenn ich die Wahrheit sagen würde, dann käme ich aus der Haft frei. Da habe ich denn alles gegen Zeigener gesagt, was der Meier würde wollte und dann bin ich frei gekommen und Zeigener wurde verhaftet. Der Zeuge wird verurteilt. Angeklagter Möbius erklärt auf Fragen des Vorsitzenden, er wolle nicht sagen, daß Meier oder Fiedler ihm im einzelnen vorgelegt hätten, was er gegen Zeigener auszusagen sollte. Er habe diese Dr. Zeigener belastenden Aussagen aber gemacht, weil er deutlich merkte, daß er sich dadurch bei Fiedler und Meier immer beliebter machte, bis er schließlich sogar aus der Haft entlassen wurde.

Als Zeugenzeuge wird Landgerichtsdirektor Dr. Korn vernommen, der mit Dr. Zeigener zusammen studiert hat, aber nicht Sozialdemokrat ist. Der Zeuge bekundet, Dr. Zeigener sei niemals von Habicht beherbergt gewesen, er habe im Gegenteil die größte Freude daran gehabt, wenn er anderen etwas schenken konnte. Rabe Baßmann hatte Dr. Zeigener nicht. Bei der Erörterung der Verhaftungssachen erklärt Dr. Zeigener, die Verhaftungsbefehle des Gerichtsherrn habe die Behandlung der Gnadengelände in seiner Weise beeinflusst. Er erläutert das an einigen Beispielen.

Vorsitzender: Herr Dr. Zeigener, wollen Sie uns erklären, wie Sie dazu gekommen sind, mit Möbius in Verbindung zu treten, nachdem Sie ihn nach den Fällen Tremmer und Brandt, wie Sie erklärt haben, doch abgelehnt hatten. Erst dadurch sind Sie doch in den Fall Schmeier verwickelt worden.

Angeklagter Dr. Zeigener: Im Sommer 1922 hat mich Möbius, dem ich verschiedentlich Geld dafür gab, mit Gnadengeländen tatsächlich verschont. Im August 1922 entnahm ich aber aus verschiedenen Anzeigen, daß über die Aktienverbrennung etwas durchgedrungen sein müsse. Ich hörte, daß ein Leipziger Rechtsanwalt damit umgehen sollte, die Sache zur Anzeige zu bringen. Da ich ein gewisses Interesse daran hatte, daß der Möbius schweige, habe ich ihn darauf aufmerksam und ihm Vorhaltungen gemacht, daß er in unverständlicher Weise herumdröwele. Ich habe ihm nochmals Geld gegeben und ihn ermahnt, ja den Mund zu halten. Wegen all dieser Vorfälle und wegen der Unruhe, in der ich mich wegen der Aktienverbrennung befand, habe ich um diese Zeit sogar die Absicht, Deutschland zu verlassen und bereits Verabredungen angestrebt, um nach Brasilien zu gehen. Der erwähnte Besuch bei Möbius war dann der Ausgangspunkt für die erneute Aufnahme der Verhaftungen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird festgestellt, daß die Arbeitsüberleitung Dr. Zeigener, die ihn veranlaßte, in seinem Büro ein Feldbett aufzustellen, zur Zeit des Rathenau-Mordes im Juni/Juli 1922 lag, also weit nach der Zeit, in der die kritischen Fälle gespielt haben.

Die Verhandlung wird dann auf 3 Uhr nachmittags vertagt.

In der Nachmittags-Sitzung wird zunächst der Fabrikant Gröndler aus Marktscheid vernommen, der sich beim Oberstaatsanwalt gemeldet hat. Zeuge war 1918 Weichsmittel bei der Trainabteilung und befand, daß der Gerichtsherr damals vielfach von den Mannschaften der „Weißer“ Zeigener genannt wurde. Er hat nicht darauf geachtet, ob Zeigener wirklich Weißer war. Nach seiner Erinnerung hat Zeigener damals einen Drillichrock getragen. Da sich über den Zeitpunkt, wann Gröndler zur Trainabteilung gekommen ist, Meinungsverschiedenheiten ergeben, wird Gröndler ermahnt, bis zur nächsten Sitzung aus seinem Militärsatz festzustellen, wann er tatsächlich zur Abteilung gekommen ist.

Der nächste Zeuge, Fabrikant Waigel, war ebenfalls beim Trainabteilung und hat im Vorzimmer des Majors als Schreiber und Ordnenant gearbeitet. Im Vorzimmer habe niemand eine Drillichjacke getragen, weil das nicht üblich war, also auch Zeigener nicht, den man immer als „Weißer“ bezeichnete. Zeuge Waigel wird aufgefordert, Waigel und Zeigener anzusehen, die einander überraschend ähnlich sehen. Waigel erinnert sich nicht, damals Waigel gesehen zu haben. Es entspinnt sich über den Fall Waigel eine längere Ausrufung, doch ist eine vollständige Aufklärung nicht zu erzielen.

Frau Clear, die Frau eines Verlagsdirektors, die mit der Familie Zeigener befreundet ist, äußert sich über Dr. Zeigener: Er war Idealist, in Gelangensarbeiten sehr sauber und penibel, in seiner Weise geldgierig. Er lebte wie sich durchaus beheldete, machte anderen gern Freude

ohne verschwenderisch zu sein und verwandte Geld fast nur zur Anschaffung guter Bücher und Musikalien. Vorsitzender: Was war Ihr Eindruck, als Sie die Zeitungsnachrichten über seine Verhaftungen lasen? Zeigener: Es war mir ganz unheimlich, daß unser Freund und Nachbar diese Sache bei seiner vornehmen Betimmung getan haben konnte.

Rechtsanwalt Markschauer beantragt die Abgabe des Ministers Liebmann zur Verhaftung seiner früheren Verhaftung, das Gespräch mit Dr. Zeigener habe keinen Einfluß auf seine Entscheidung im Falle Schmeier gehabt. Der Oberstaatsanwalt erklärt dazu, man könne das als wahr unterstellen und das Gericht lehnt dann auch die Abgabe Liebmanns ab.

Der Vorsitzende teilt noch mit, aus der Schweiz sei von einer Dame aus der bekannten Familie Sulzer, einer geborenen Deutschen, ein Brief eingegangen, der an die Geschäfte des Gerichts angestrichen sei. Zeigener appelliert. Der Brief stehe allen Prozeßbeteiligten zur Verfügung.

Weitere Beweisanträge liegen zur Zeit nicht vor. Rechtsanwalt Markschauer hält sich jedoch für Rechtsanwalt Brandt, der den Verhandlungen während der letzten beiden Tage nicht beigewohnt hat, das Recht zu Beweisanträgen vor.

Darauf wird die Weiterverhandlung auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

Schluß 1/2 Uhr.

Der Hitler-Prozess in München.

Verteidigungsrede Dr. Holl.

(München. Am zweiten Tage der Plaidoyers ergriff der Verteidiger Dr. Webers Dr. Holl das Wort, der in seiner Verteidigungsrede zunächst die damalige Einstellung des Kampfbundes berührte. Den Hauptgrund zu den Ereignissen vom 8. November sieht Dr. Holl in dem Versäufel Diktat. Mit Nachdruck bestreitet der Verteidiger, daß der wahre Grund für die Errichtung des Staatskommissariats ein angeblicher Wunsch der Nationalsozialisten gewesen sei. Bei der Errichtung des Staatskommissariats habe es sich um die große Abrechnung mit dem „Novemberverbrechern“, um die Aufnahme des Kampfes gegen Berlin, in dessen Verlauf General Hoffmann zum Meuturer geworden sei, gehandelt. Mit der Durchführung des Kampfes sei auch die Reichsverfassung in Bayern und von Bayern hergekommen worden, und damit sei überhaupt ein Hochverrat gegen diese Reichsverfassung begangen in Bayern gar nicht mehr denkbar. Der Hoffmannsche Diktaturplan wurde sodann eingehend erörtert. Es wurde betont, daß der Kampfbund bereit gewesen sei, sich nicht nur hinter, sondern sogar vor Berlin zu stellen, sobald er sich zum Marsch nach Berlin entschlossen habe. Der Verteidiger legte dann dar, daß die drei Herren tatsächlich den Marsch nach Berlin wollten, und zog zu diesem Zweck das in der geheimen Sitzung vorgelegte Material heran, was den Staatsanwalt zu der Bemerkung veranlaßte, daß der Verteidiger zu weit gehe.

Dr. Holl erklärte weiter: Hitler und Weber mußten zu dem Schluss kommen, daß die drei Herren fest zum Handeln entschlossen waren. Die Angeklagten hätten die Überzeugung gehabt, daß der von der legalen Macht gewählte Weg eben der Marsch nach Berlin sei. Die Kampfbundführer nahmen aus der Begegnung vom 6. November die Überzeugung mit, daß die führenden Männer den endgültigen Willen zum Handeln nicht aufbrachten. Die Herren Hitler im Bürgerbräukeller sollten den politischen Aufstand bilden zu den kommenden großen politischen Ereignissen. Daß der Plan der Verhaftung des heiligen Reiches deutscher Nation nicht zur Wirklichkeit wurde, sei nur den Angeklagten zu danken. Es sei unrichtig, daß die Vorgänge im Bürgerbräukeller von langer Hand vorbereitet gewesen seien. Es handelte sich um einen spontanen Entschluß, gefaßt am 7. November abends. Meier die Verhaftung von Ministern sei am 7. November kein Verstoß gefaßt worden. Der ganze Plan war so, daß er noch eine halbe Stunde vor der Versammlung hätte zurückgezogen werden können, wenn hier die erhobene Unterbrechung gewährt hätte. Drei Gründe seien für den Umsturz der drei Herren bestimmend gewesen. Weichsmittelkommando und Landespolizei waren durch die Begegnungen vorher bereits gegen jeden Aufstand eingestellt, ferner die Haltung der bayerischen Volkspartei und des Kultusministers Dr. Witt. Im Kriegesrat der bayerischen Volkspartei und in der Mitte des Hofrats Amman sei der Aufruf „Preußen, Judenboykott und kein Anhang“ verfaßt worden. Der dritte Grund des Umsturzes war, daß man sich gegenüber dem Norden gebunden hatte.

Weiter erklärte der Verteidiger, die Angeklagten hätten keine Schuld an dem Blutvergießen. Sie hätten Verhängung gesucht. Zur Zeit des Angeklagten Weber bemerkt Holl zusammenfassend, Weber habe sich nicht verweigert, daß er bei der Begegnung am 7. November mitgewirkt, und daß er seine Zustimmung gegeben habe, daß die drei Herren am 8. November ein Telegramm abgeben würden. Es sollte auf diese Weise den Herren der Absetzung ermöglicht werden. Was später gesagt worden ist, habe Weber nicht gemerkt. Dr. Weber war bereit zu handeln im Sinne des vorkommenden Staatsrechtes, des zersplitterten Direktoriums und des kaiserlichen Drucks. Unrichtig aber sei, daß er den militärischen Apparat des Bundes auf das Unternehmen eingestellt, die militärischen Führer des Bundes angeworben und die Befehle der wichtigsten Gebilde durch den Kampfbund angeordnet habe. Ferner sei unrichtig, daß Dr. Weber ein gegebenes Wort nicht gehalten habe. Das ganze Gefühl des Hoffmanns sträubte sich dagegen, daß die Tat des Angeklagten Hochverrat sein solle. Auf jeden Fall sei am 8. November die stillschweigende Tölpelung der Reichsverfassung für Bayern restlos zurückgenommen worden. Weiter behauptete er, daß eine Verfassungsänderung überhaupt nicht vorgenommen wurde. Es sei lediglich versucht worden, gegenüber dem Reich eine Personenveränderung herbeizuführen; und schließlich fehle das notwendige Tatbestandsmerkmal der Gewaltanwendung. Es habe sich nur um Vorschläge gehandelt. Es handele sich weiter um die Frage, ob ein Hochverrat gegenüber Bayern und der bayerischen Verfassung vorliege. Es sei hier zu unteruchen, ob am 8. November die beiden wichtigsten Staatsorgane, der Landtag und das Gesamtstaatsministerium, noch Träger der gesamten Volkshoheit waren. Ihm scheint klar zu liegen, daß diese Frage mit einem Nein beantwortet werden müsse, da ja die gesamte Gewalt dem Gesamtstaatskommissariat übertragen worden war. Es habe den Angeklagten auch der Vorfall und das Betragen der Reichswehr nicht gelegen. Millionen und Abermillionen Deutsche erwarteten nunmehr den Freispruch.

Dr. Holl schloß: „Geben Sie durch Ihr Urteil unserer nationalen Jugend den Glauben an ihre Väterland wieder zurück! Geben Sie ihr die Führer zurück, die berufen sind zum Kampf für ein großes deutsches Vaterland!“

Die Sitzung wurde darauf auf Montag vormittag vertagt.

Der Hamburger Hafenarbeiterstreik beendet.

(Hamburg. In der Tarifstreitfrage zwischen dem Hafenarbeiterverein Hamburg auf der einen Seite und dem Deutschen Verkehrsbund sowie dem Zentralverband der Maschinen- und Seiler auf der anderen Seite fanden am 22. März Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsminister im Hamburger Rathaus statt. Da trotz 13-stündiger Beratungen eine sachliche Einigung nicht zu erzielen war, unterwarfen sich die Parteien der Entscheidung eines Unparteiischen und wählten als solchen den Reichsarbeitsminister. Dieser fällte sodann folgende Entscheidung:

Nachdem die Parteien, der Hafenarbeiterverein Hamburg sowie der Deutsche Verkehrsbund und der Zentralverband der Maschinen- und Seiler, in ihrem Tarifstreit mit als Unparteiischen die endgültige für beide Teile verbindliche Entscheidung übertragen haben, bestimme ich den Schiedsspruch des Schlichters von Hamburg vom 18. März. Dabei stelle ich das Einverständnis der Parteien darüber fest, daß die Kartenausgabe fortan in Verbindung mit dem Hafenbetriebsrat vorzunehmen ist. Die Arbeit ist am Dienstag, den 25. März wieder aufzunehmen.

In der Begründung der Entscheidung heißt es u. a., in der Streitfrage sei bereits am 4. März ein Schiedsspruch ergangen, der nicht zur Beilegung des Streites geführt habe. Es sei im Gegenteil zum Ausbruch gekommen. Am 18. März sei ein zweiter Schiedsspruch ergangen. Beide Seiten und insbesondere die Arbeitgeber glaubten, daß ihnen die Annahme desselben nicht zugemutet werden könne, beide Teile waren aber darin einig, daß zur Beilegung der deutschen Not der Kampf möglichst schnell beendet und der Hamburger Hafen auf die Leistungsfähigkeit der Vorkriegszeit gebracht werden müsse. In diesem Geist wollen beide Parteien die Entscheidung durchzuführen.

Der Kampf um Lohn und Brot.

(Königsberg i. Pr. Wie der Ostpreussische Arbeitgeverbund mittelst hat er für die Königsberger Metallindustrie und das Metallgewerbe ab 21. 3. erneut die Ausbesserung angeordnet, da die im Inflationsgewerbe in der Unionisierung und in der Baggongelände Steinmetz beschäftigten Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit zu den Bedingungen des für verbindlich erklärten Schiedsspruchs abgelehnt haben.

(Hamburg. Der Streik der Bergarbeiter im Westwald ist beendet. Die Bergarbeiter haben die Bedingungen des Schiedsspruchs angenommen, der eine Verkürzung von 8 Stunden einschließlich einer halbtägigen Pause, aber ausschließlich der Ein- und Ausfahrt vorsieht. Vom Ausstand beteiligt waren etwa 2000 Bergarbeiter.

Französische Kriegsvorbereitungen.

Ein Bericht der Heereskommission der französischen Kammer über den Bau von Eisenbahnen, die die Schiffe der weittragenden Artillerie bedienen sollen, erwähnt, daß man nach den vorgenommenen Studien den Bau von Geschützen mit einer Tragweite von 150 Kilometer als sicher annehmen dürfe. Abweichen von dieser Artillerie von sehr großer Tragweite gestatten, wie der Bericht weiter sagt, die Geschütze, die während der Schlacht Sperrfeuer zu legen haben, sowie diejenigen Geschütze, die zu Verhörsfeuer bei wachsenden Distanzen geeignet sind, die ganze Stala der dazwischen liegenden Tragweiten zu erreichen. Wenn Frankreich und Belgien nach der Räumung des Rheinlandes in ihre Grenzen zurückgeführt sein werden, so wird bei Feindbelästigungen diese Artillerie nicht allein die ganze Rheinprovinz und die arden Städte des Rheins, sondern auch die umfängliche Gegend der Gegend, die gegenwärtig von uns und unseren Verbündeten in Westfalen und an der Ruhr besetzt sind, von der französischen und belgischen Grenze aus unter Feuer halten können. Wenn ferner Völker, aus deren Eintritt in den Kampf an unserer Seite wir hoffen können, wie Polen und die Tschechoslowakei, durch Einvernehmen mit uns mit einer Artillerie dieser Art versehen werden, so werden sich alle untergeordneten Gebiete, Sachsen und Schlesien, gleichfalls unter dem Geschützfeuer der Alliierten befinden.

Dieser Bericht zeigt, wie hilflos der Vorwand der Franzosen ist, daß sie besondere Garantien für ihre Sicherheit bedürften. Wenn sie die deutschen Industriegebiete in dieser Weise mit den weittragenden Geschützen vollkommen lahmlegen können, so fallen die Forderungen nach Neutralisierung oder dauernder Besetzung des Rheinlandes in sich zusammen.

Der Fall d'Armont und der Geiselmißbrauch.

Die Verurteilung des französischen Hauptmanns d'Armont zu zwölf Jahren Zuchthaus wegen seiner Spionagetätigkeit die er selbst angeblich der verurteilenden Anklagen seiner früheren Helfer und der Beschuldigten zum Teil von seiner eigenen Hand herrührenden belastenden Schriftstücke nicht leugnen konnte, wird von der franz. Regierung in einer geradezu ungeheuerlichen Weise ausgenutzt. Bekanntlich hatte die französische Regierung das deutsche Gerichtsverfahren von vornherein zu hintertreiben gesucht, und die französischen Militärbehörden im besetzten Gebiet hatten zunächst, um diese Absicht zu erreichen, den Senatspräsidenten des Reichsgerichtes Oberlandesgerichts Venzberg als Geisel festgenommen und, da dieser in der Haft lebensgefährlich erkrankte und nach 6 Wochen entlassen werden mußte, an seiner Statt drei andere hervorragende Persönlichkeiten aus dem Ruhrgebiet festgenommen, den ersten Staatsanwalt Schulz-Pollum aus Essen, den Landgerichtsdirektor Rinde aus Bochum und den Oberbürgermeister Wedekind aus Gelsenkirchen. Diese drei Geiseln saßen bereits zehn Wochen lang in der Haft. Als Vorwand für deren Verhaftung diente die völlig unbegründete Behauptung, d'Armont sei auf Schweizer Gebiet verhaftet worden. Selbstverständlich wäre dieser Mißbrauch des Geiselmißbrauchs auch dann unerhört gewesen, wenn wirklich Schweizer Gebiet bei der Verhaftung verletzt worden wäre. Das Gegenteil ist aber in dem amtlichen schweizerischen Protokoll, das der französischen Regierung seit Monaten bekannt ist, festgestellt worden. Außerdem hat das Gerichtsverfahren bestätigt, daß die Festnahme auf deutschem Gebiete erfolgt ist. Es handelt sich also wieder einmal um eine ganz besondere brutale Ausnutzung der französischen Machtstellung an Rhein und Ruhr. Antideutsch von Paris aus wird die Nachricht lanciert, daß der verurteilte Hauptmann d'Armont im Austausch gegen deutsche Geiseln, die im Ruhrkampf festgenommen worden sind, freigelassen werden sollen. Damit ist die französische Regierung bisher nicht an die deutsche Regierung herangetreten, ein solcher Austausch könnte aber in keiner Weise diskutiert werden, denn es handelt sich nicht um gleichartige oder gleichwertige Verhältnisse. Der französische Hauptmann ist mit Zug und Recht wegen der Spionage verurteilt worden, während deutscherseits nicht anerkannt werden kann, daß die im Ruhrkampf durch Frankreich vorgezogene Festnahme von Geiseln mit irgend welchem Recht vereinbart ist. Aus alledem kann nur der Schluss gezogen werden, daß die Festhaltung von Geiseln für den Fall d'Armont durch Frankreich allen Geboten der Abhaltung und Menschlichkeit ins Gesicht schlägt.

